



**FREIHEIT, DEMOKRATIE
UND VERANTWORTUNG**

*Mit Herz und Verstand
für unser Land*



Wahlprogramm

des Landesverbandes Rheinland-Pfalz
der Alternative für Deutschland
zur Landtagswahl 2016

WIR 
**sind Deine
Stimme!**

Alternative
für
Deutschland



Inhalt

Präambel	Seite 04
1. Direkte Demokratie	Seite 06
2. Familie und Kinder	Seite 08
3. Bildung und Schule	Seite 10
4. Integration, Einwanderung und Asyl	Seite 12
5. Innere Sicherheit	Seite 14
6. Energieversorgung	Seite 16
7. Gesundheit	Seite 18
8. Wirtschaft und Arbeit	Seite 20
9. Finanzen und öffentliche Haushalte	Seite 22
10. Infrastruktur und ländlicher Raum	Seite 24
11. Öffentliche Verwaltung	Seite 26
12. Forschung, Lehre und Innovation	Seite 28
Unsere Kandidaten im Überblick	Seite 30

Präambel

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürger in Rheinland-Pfalz,

die Wiege der Demokratie in Deutschland ist das Hambacher Schloss in Rheinland-Pfalz: Hier erhob sich das deutsche Bürgertum im Jahre 1832 auf dem Hambacher Fest gegen Absolutismus und Kleinstaaterei.

Die Bürger stellten Forderungen nach nationaler Einheit, Souveränität, Demokratie und Meinungsfreiheit und traten für den Bildungsgedanken der Aufklärung ein: Jedem Einzelnen sollte durch Zugang zu Bildung persönliche Entwicklung ermöglicht werden. Dadurch sollte der Fortschritt des ganzen Volkes und der Menschheit insgesamt gefördert werden.

Im Jahr 2016 tritt das deutsche Bürgertum in der Alternative für Deutschland erneut für die Bewahrung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten ein, für die schon unsere Vorfahren stritten.

Die Alternative für Deutschland steht für den Erhalt der staatlichen Souveränität, die Förderung der direkten Demokratie, die Bewahrung der Meinungsfreiheit und die Verbindlichkeit des geltenden Rechts. Diese Prinzipien unserer Bürgergesellschaft sind durch Politikversagen und die zunehmende Behinderung offener Diskussionsprozesse auf allen Ebenen in ihrer Existenz bedroht:

Europäische Ebene

- Massive Demokratiedefizite der EU
- EU und Euro als Umverteilungsmechanismen zu Lasten unseres Landes
- Eurorettungspolitik mit Schuldenunion und unbegrenzter Haftung Deutschlands
- Missachtung eingegangener Verpflichtungen seitens der Mitgliedsstaaten

Bundesebene

- Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf die EU ohne echte Volksbeteiligung
- Versagen angesichts massiver demografischer Probleme
- Ungesteuerte Einwanderung und Versagen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik
- Überhöhte Steuern und Abgaben für die Bürger bei ausufernder Bürokratie
- Ideologisch verblendete Energiepolitik zu Lasten von Wirtschaft und Bürgern

Landesebene

- Vernachlässigung der landesweiten Infrastruktur
- Zerstörung gewachsener Kulturlandschaften durch eine konzeptlose Energiepolitik
- Versagen in den Bereichen Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung
- Ideologisch getriebene Bildungsexperimente zulasten von Schülern und Lehrern
- Unfähigkeit und Verweigerung der Bekämpfung von Asylmissbrauch

Die Alternative für Deutschland in Rheinland-Pfalz setzt sich angesichts dieser gefährlichen Fehlentwicklungen für einen grundlegenden politischen Kurswechsel ein:

Wir sind eine bürgerliche Volkspartei und treten auf allen politischen Ebenen für Demokratie, Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität und Meinungsfreiheit ein, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben und arbeiten können.

Wir sehen Deutschland als Teil des europäischen Kulturraums. Die Wurzeln der europäischen Kultur reichen bis in die Antike zurück. Europa wurde vom Christentum tiefgreifend geprägt und durch andere Religionen und Kulturen beeinflusst. Eine grundlegende und entscheidende Entwicklung erfuhr die europäische Kultur durch Humanismus und Aufklärung. Wir bekennen uns zu den daraus resultierenden Grundwerten und zu einem europäischen Weltbild, das auf der Trennung von Kirche und Staat beruht. Diese Werte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung werden wir bewahren und verteidigen und für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Kultur und unserer Lebensart in Frieden, Freiheit und Sicherheit kämpfen.

Wir rücken das Wohl unseres Landes und seiner Menschen in allen Politikfeldern wieder in den Mittelpunkt der Politik.

Wir fordern Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen, damit die Bürger wichtige Fragen selbst entscheiden können.

Wir treten für echte Meinungsfreiheit ein und gegen die sogenannte „politische Korrektheit“ und die Tabuisierung von wichtigen Themenfeldern.

Wir rücken den öffentlichen Diskurs wieder in die Mitte der Gesellschaft und haben den Mut zu Freiheit, Demokratie und Verantwortung.

Mit dem vorliegenden Landtagswahlprogramm „**Mit Herz und Verstand für unser Land**“ zeigen wir auf, wie die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz verbessert, Freiheit und demokratische Teilhabe seiner Bürger gesichert und die gegenseitige Verantwortung für unser Gemeinwesen gefördert werden können.

In diesem Sinne haben wir in allen wichtigen Politikfeldern überzeugende politische Alternativen für unsere schöne Heimat Rheinland-Pfalz entwickelt und stellen Ihnen diese am 13. März 2016 zur Wahl.

Ihr Uwe Junge
Spitzenkandidat der AfD
zur Landtagswahl 2016



1. Direkte Demokratie

- Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft
- Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen
- Direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz stärken
- Kommunale Bürgerentscheide erleichtern
- Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – so heißt es in unserem Grundgesetz (Artikel 20). Die Realität sieht anders aus: In Deutschland ist aus der angestrebten Volksherrschaft in vieler Hinsicht eine Parteienherrschaft geworden. Durch die Stärkung direktdemokratischer Elemente zusätzlich zur repräsentativen Demokratie wollen wir den Bürgern wieder mehr Macht geben, über ihre Belange unmittelbar selbst zu entscheiden.

Volksentscheide als Korrektiv zur Parteienherrschaft

Volksentscheide sind ein dringend erforderliches Korrektiv der repräsentativen Demokratie. Bislang können die Bürger auf wichtige Fragen nur indirekt Einfluss nehmen. Parteien verbinden in ihren Programmen Positionen zu unterschiedlichsten Themen, und der Wähler muss nach der größten Schnittmenge mit seinen eigenen Überzeugungen suchen. Nicht selten sind bestimmte Standpunkte überhaupt nicht vertreten. Volksentscheide veranlassen demgegenüber politische Vertreter ganz konkret zu mehr Information, Transparenz und Bürgerbeteiligung im Vorfeld wichtiger Entscheidungen. Die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme auf politische Entscheidungen ist außerdem die beste Maßnahme gegen die grassierende Politikverdrossenheit.

Für wirksame Volksentscheide auf allen Ebenen

Die AfD fordert Volksentscheide auf der Bundesebene und auf der europäischen Ebene, so wie es sie auf kommunaler Ebene und auf der Landesebene bereits gibt. Außerdem müssen die Verfahren direkter Demokratie wie der Volksentscheid auf allen Ebenen deutlich gestärkt werden. Volksentscheide müssen zu allen Fragen möglich sein, die der Entscheidungsbefugnis der parlamentarischen Gremien unterliegen. Bei entsprechenden technischen Voraussetzungen ist die Etablierung elektronischer Wahlverfahren anzustreben.

Direkte Demokratie in Rheinland-Pfalz stärken

Die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind in Rheinland-Pfalz so hoch, dass direkte Demokratie faktisch verhindert wird. So müssen für eine Volksinitiative 30.000 Unterschriften, für ein initiiertes Volksbegehren 300.000 Unterschriften in zwei Monaten und für ein fakultatives Volksbegehren 150.000 Unterschriften in einem Monat auf dem Wege der amtlichen Eintragung gesammelt

werden. Die Anzahl der Unterschriften ist statt dessen für alle Verfahren auf jeweils ein Drittel zu verringern, während die Eintragsfristen bei Volksbegehren auf sechs Monate zu verlängern sind. Bei der Unterschriften-

sammlung sollte statt der amtlichen Eintragung die Erstellung einer Unterschriftenliste möglich sein, bei entsprechenden technischen Voraussetzungen auch online. Das Quorum (also die Mindestzustimmung für einen Volksentscheid), das derzeit 25 % aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung beträgt, sollte – wie in der Schweiz – vollständig entfallen.

Kommunale Bürgerentscheide erleichtern

Direkte Demokratie muss auch auf der kommunalen Ebene gestärkt werden. Bei Bürgerbegehren sollte es bei entsprechenden technischen Voraussetzungen ermöglicht werden, online Unterschriften zu sammeln. Das Quorum für den Bürgerentscheid, das derzeit bei 20 % aller Wahlberechtigten für die angestrebte Lösung liegt, sollte zukünftig nach dem Vorbild der Schweiz vollständig entfallen.

Transparenz und Bürgerbeteiligung schaffen

Die AfD wird sich über formale Verfahren hinaus ganz allgemein für mehr Transparenz der politischen Prozesse und Themen, bessere Information der Bürger und intensive Diskussion mit den Bürgern schon im Vorfeld von Entscheidungen einsetzen. Dabei sollten insbesondere interaktive Verfahren und die neuen Medien genutzt werden.



Dr. Jan Bollinger

„Durch Volksentscheide können die Bürger über wichtige Angelegenheiten selbst entscheiden. Beim Neuwieder Bürgerentscheid haben wir gezeigt, wie es geht.“

2. Kinder und Familie

- Einführung des Familiensplittingmodells
- Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben für Familien mit Kindern
- Doppelbelastung der Familien beenden
- Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung
- Familienschutz statt Genderwahn

Laut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist die Familie die „natürliche Grundeinheit der Gesellschaft“. Sie hat daher Anspruch auf staatlichen Schutz. Auch unser Grundgesetz stellt Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Es beschreibt Pflege und Erziehung der Kinder als „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (Artikel 6).

Die AfD-Rheinland-Pfalz bekennt sich klar zum Leitbild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern. Diese Familien sind für den Fortbestand unserer Gesellschaft von unersetzbarer Bedeutung. Andere Formen

menschlichen Zusammenlebens, die keinen reproductiven Beitrag zum Erhalt unseres Landes leisten, verdienen Toleranz und Respekt, nicht aber staatliche Förderung. Eine Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe lehnen wir aus diesem Grund ab. Die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare ist für uns mit dem Kindeswohl nicht vereinbar.

Wenn es uns nicht gelingt, Familien mit Kindern wieder zum tragenden Fundament der Gesellschaft zu machen, hat unser Land keine Zukunft. Die demographischen Probleme Deutschlands lassen sich nicht durch Zuwanderung lösen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder und eine größere Wertschätzung für Familien!

Einführung eines Familiensplittingmodells

Familien mit Kindern sind durch Steuern und Abgaben deutlich stärker belastet als Kinderlose. Wir treten dafür ein, dass das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und dann versteuert wird. Dadurch wird mehr Steuergerechtigkeit hergestellt und die gesellschaftliche Leistung der Familien angemessen gewürdigt.

Außerdem soll dieses Steuermodell die überdurchschnittlich kinderarmen Leistungsträger motivieren, mehr Kinder zu bekommen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll erhalten bleiben.

Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben für Familien mit Kindern

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird derzeit das Bruttoeinkommen der gesamten Familie belastet. Wir fordern, die Unterhaltsansprüche der Kinder als Freibeträge bei der Berechnung der Sozialversicherungs-Abgaben zu berücksichtigen. Dies würde Familien mit Kindern spürbar entlasten.

Doppelbelastung von Familien beenden

Neben den Beiträgen für die Rentenversicherung tragen Familien durch die Erziehung ihrer Kinder einen weiteren, gleichwertigen Anteil zur Sicherung unserer Altersversorgung bei. Diese Doppelbelastung hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach als Verletzung des staatlichen Schutzauftrages für die Familien gerügt. Wir fordern daher, durch eine Reform der Rentenversicherung – wie etwa die Einführung einer Kinder- und Jugendrente oder eines Elternrentenkontos – einen sozial gerechten und verfassungskonformen Lastenausgleich für die Familien herzustellen.

Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung

Wir lehnen staatliche Bevormundung bei der Wahl der Betreuungsform ab, sei es durch gesetzliche Regelungen oder finanzielle Lenkungsmittel. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Eltern unabhängig von arbeitsmarktpolitischen Erwägungen Freiheit bei der Wahl der Betreuungsform lassen. Dafür müssen bedarfsgerecht qualitativ hochwertige Betreuungsplätze in Kindergärten und Kitas, die an



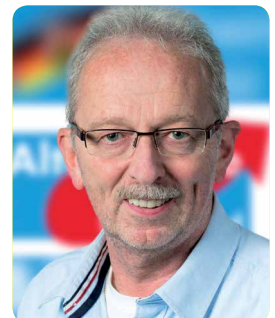
den Bedürfnissen der Kinder orientiert sind, zur Verfügung gestellt werden. Parallel dazu

muss jedoch die familiäre Erziehung insbesondere der unter Dreijährigen in gleichem Maße finanziell gefördert werden wie die institutionelle Betreuung. Nur so erhalten Eltern wirkliche Wahlfreiheit.

Familienschutz statt Genderwahn

Eine Gender-inspirierte Gleichstellungspolitik, die die durchgehende Vollerwerbstätigkeit beider Eltern als Idealbild anstrebt, lehnen wir ab. Alle Kinder haben das Recht, innerhalb ihrer Familie mit Vater und Mutter aufzuwachsen. Aufgabe der Politik ist es, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Alles, was Familien nicht stärkt, sondern schwächt oder zerstört, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Nicht zuletzt zeigt sich eine kinder- und familienfreundliche Politik auch in einem klaren Bekenntnis zum Wert des Lebens. Die AfD-Rheinland-Pfalz tritt daher gemäß Artikel 2 Grundgesetz für einen umfassenden Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod ein.



Michael Frisch

„Ohne Kinder hat unser Land keine Zukunft. Wir brauchen deshalb eine Willkommenskultur für Familien mit Kindern.“

3. Bildung und Schule



- Mut zur Leistung
- Gegliedertes Schulsystem erhalten
- Solide Bildung statt ideologischer Experimente
- Stärkung des dualen Systems
- Revision der Lehrerbildung
- Inklusion mit Augenmaß

Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.

Mut zur Leistung: Chancenvielfalt statt Gleichmacherei

Zunehmend interessiert nur das Zertifikat, nicht aber das Gelernte. Die beschleunigte Vergabe von Hochschulzugangsberechtigungen an immer mehr Schüler („Akademisierung“), die mittels einer fragwürdigen Notengebung erreicht wird, ist ein Irrweg. Diese abnehmende Aussagekräftigkeit von Schulnoten ist sowohl für Schüler als auch für Unternehmen ein Nachteil, landes- wie bundesweit. Eine Folge ist die Entwertung der Schulabschlüsse, die ihre Funktion als „Wegweiser“ verlieren. Dieser Politik setzen wir leistungsstarke Schulen in einem gegliederten Schul-

system entgegen, das alle Mühen unternimmt, die Begabungen und Stärken von Schülern zu erkennen und zu entwickeln. Sie müssen auf Spezialisierung und eine den jeweiligen Begabungen entsprechende Chancenvielfalt ausgelegt sein. Es ist falsch, Eltern und Jugendlichen einzureden, nur derjenige Bildungsweg sei erfolgreich, der irgendwann zu einer Hochschule führe. Zur Unterstützung dieser Rückkehr zum Leistungsprinzip sind unter Umständen landesweite Tests hilfreich. In diese Leistungskultur müssen sich auch Lehrer einordnen. Das Lehramtsstudium soll nur jenen offen stehen, die sich wie in Finnland einem mehrstufigen Testverfahren unterziehen. Lehrer im Dienst sollen regelmäßig fachlich und pädagogisch geprüft werden.

Gegliedertes Schulsystem erhalten: Gymnasium stärken

Die AfD fordert die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung und möchte die Einrichtung eines Testverfahrens als „Einlassventil“ für die gymnasiale Oberstufe prüfen. Wir wollen der schleichenden Entwertung des Abiturs entgegenwirken. Das Experiment der Gemeinschaftsschule ist gescheitert, darum muss das gegliederte Schulsystem gerade jetzt erhalten werden. Die Qualität der Schulformen ist sicherzustellen. Sie müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, zuverlässig auf ein Hochschulstudium sowie auf Berufsausbildungen vorbereiten. Das heißt: Schülerpotenziale in ihrer ganzen Bandbreite zu sehen und durch gute schulische Ausbildung wie differenzierte Angebote berufsorientiert zu fördern. Nicht ausschließlich Akademiker sind die Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Solide Bildung statt ideologischer Experimente

Solide Bildung beruht auf Wissen. Statt der gängigen Methoden-Präferenz in der Lehrerbildung und einer unüberschaubaren Vielfalt von „Kompetenzen“ setzen wir auf eine Rückbesinnung auf das durch Forschung weiter entwickelte Fachwissen. Das „Wie“ darf nicht länger Vorrang haben vor dem „Was“. Unsere Schulen sollen sich auf ihre humanistische Bildungstradition und damit auf die Wissensvermittlung besinnen. Die Erziehung der Kinder obliegt dagegen in erster Linie dem Elternhaus. Die Überfrachtung der Schulen mit kurzatmigen „Projekten“ um unklare, nicht selten ideologisch aufgeladene Begriffe muss eingedämmt werden.

Stärkung des Dualen Systems

Eine berufliche Ausbildung mit Anschlussqualifikationen und Weiterbildungen ist oft der goldene Weg zum Erfolg. Für uns gilt deshalb: Meister statt Master. Das erfolgreiche duale System als ein Zusammenwirken von schulischer und beruflicher Ausbildung muss im Hinblick auf Personal- und Mittelzuwendungen gestärkt werden. Um die Attraktivität nichtakademischer Qualifikation zu steigern, fordern wir, neben dem Studium auch die Meisterausbildung kostenfrei zu ermöglichen.

Revision der Lehrerbildung

Die AfD fordert eine Revision der aktuellen Lehrerbildung. Die revidierte Lehrerbildung soll die solide und umfangreiche fachwissenschaftliche

Ausbildung als unabdingbare Grundlage wertschätzen und einfordern. Lehrer müssen in ihrem Fach Experten sein, die mit dem Forschungsstand vertraut sind und zum wissenschaftlichen Diskurs beitragen können. Die AfD möchte daher gegebenenfalls zum Staatsexamen zurückzukehren.

Inklusion mit Augenmaß, Erhalt des bewährten Förder- und Sonderschulsystems

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Ihre Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und ist dennoch nicht immer von Vorteil. Wissenschaftliche Studien zeigen einheitlich keine generell positiven Wirkungen der Inklusion. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in bewährte Einrichtungen zu schicken. Die AfD möchte eine Inklusion mit Augenmaß. Bei der Festsetzung von Zielen im Bildungsbereich und der Verteilung der Finanzmittel sind neben der Verbesserung der Situation behinderter Kinder auch die Interessen der nicht behinderten Kinder zu berücksichtigen.



Joachim Paul

„Unsere Schulen sollen jungen Menschen eine Chancenvielfalt eröffnen. Deshalb sagen wir: ‚Nein‘ zur Einheitsschule, ‚Ja‘ zu Dualer Ausbildung und Gymnasium“

4. Integration, Einwanderung und Asyl

- **Asylrecht bewahren, Missbrauch verhindern, konsequent abschieben**
- **Einwanderung nach unseren Regeln**
- **Integration ist Pflicht, keine Option – Parallelgesellschaften verhindern**
- **Mut zu Deutschland – Identität fördert Integration**
- **Einwanderung ist kein Mittel gegen Geburtenrückgang**

Das Asylrecht ist ein hohes Gut, das wir konsequent umsetzen und gegen Missbrauch schützen wollen, um es zu bewahren. Einwanderung kann für Deutschland ein Gewinn sein, wenn sie nach deutschen Interessen gesteuert wird und die Einwanderer sich aktiv in unsere Gesellschaft integrieren.

Asylrecht bewahren, Missbrauch verhindern, konsequent abschieben

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und die Genfer Flüchtlingskonvention sind zivilisatorische Errungenschaften, die wir bewahren wollen. Das Asylrecht kann aber nur dann in seiner jetzigen Form langfristig aufrecht erhalten werden, wenn es zügig und ohne Missbrauch umgesetzt wird: EU und Altparteien versagen hier seit Jahren, was eine große und weiter steigende Belastung für unser Land und eine Gefahr für die tatsächlich Asylberechtigten darstellt. Der Missbrauch des Asylrechts und die Betätigung von Menschenhändlern und Schleusern müssen konsequent bekämpft werden. Die Außengrenze Europas ist wirksam gegen illegale

Einwanderung abzusichern. Registrierungsstellen für Asylbewerber sollten schon außerhalb, spätestens aber an den Grenzen der Europäischen Union eingerichtet werden.

Grenzkontrollen sind kein Widerspruch zur Freizügigkeit innerhalb der EU. Asylberechtigte müssen nach einem fairen Verfahren auf ganz Europa verteilt, Verfahren beschleunigt und abgelehnte, kriminelle und extremistische Asylbewerber umgehend abgeschoben werden. Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern sind unverzüglich abzuweisen, und die Liste solcher Länder muss fortwährend zeitnah aktualisiert werden.

Einwanderung nach unseren Regeln

Einwanderung kann für Deutschland ein Gewinn sein, wenn sie im deutschen Interesse gesteuert wird. Die Kriterien für Einwanderung sollten vor allem die jeweilige berufliche Qualifikation, deutsche und europäische Sprachkenntnisse, Unbescholtenheit, Gesetzestreue und aktive Integrationsfähigkeit und -bereitschaft umfassen. Die sofortige Aufnahme von Einwanderern in die deutschen Sozialsysteme würde Fehlanreize setzen und ist deshalb abzulehnen. Für Einwanderer aus anderen EU-Staaten muss bei Sozialleistungen das Herkunftslandprinzip gelten.



Integration ist Pflicht, keine Option – Parallelgesellschaften verhindern

Zur aktiven Integrationsbereitschaft gehören unter anderem Respekt vor unserer deutschen Kultur und den Werten und Normen unserer Gesellschaft sowie eine uneingeschränkte Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ziel der Integration ist die volle Teilhabe an der hiesigen Gesellschaft, deren formaler Ausdruck die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft als Zeichen von Zugehörigkeit und Bekenntnis zur neuen Heimat darstellt.

In diesem Sinne muss die doppelte Staatsbürgerschaft die Ausnahme bleiben. Die religiöse Betätigung von Zuwanderern hat sich vollständig im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewegen und unsere Kultur und Gesellschaft zu respektieren. Sie darf nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften beitragen, die wir ablehnen.

Mut zu Deutschland – Identität fördert Integration

Gefühle von Stolz auf die neue Heimat erhöhen die Integrationsbereitschaft von Einwanderern. Als mit gutem Grund selbstbewusste Kulturation bietet Deutschland vielfältige Identifikationsmöglichkeiten und übt so Integrationskraft aus.

Einwanderung ist kein Mittel gegen Geburtenrückgang

Einwanderung ist keine Patentlösung für das nationale Problem des Geburtenrückgangs und kann eine vernünftige, nachhaltige und erfolgreiche Familienpolitik für Deutschland nicht ersetzen.



Matthias Joa

Asyl für Berechtigte ist Hilfe auf Zeit und darf nicht mit dauerhafter Einwanderung vermischt werden. Wir haben das Recht, diese Einwanderung nach unseren Kriterien zu gestalten und klare Anforderungen zu definieren.

5. Innere Sicherheit

- **Leben, Hab und Gut der Bürger schützen**
- **Gesetze endlich anwenden**
- **Polizei und Rettungsdienste stärken**
- **Kriminalstatistik ohne politische Einflussnahme**
- **Mehr Schutz und Rechte für Opfer von Gewaltdelikten**
- **Radikale Gruppierungen bekämpfen**

Ziel der AfD ist es, eine tragfähige Balance zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit aller Bürger herzustellen und zu erhalten.

Leben, Hab und Gut des Bürgers schützen

Das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und Eigentum zu schützen, ist die oberste Aufgabe des Staates. Dieser Schutz darf nicht von Ideologie beeinflusst oder gar behindert werden und muss vollumfänglich bewahrt werden. Ihn an die Bürger selbst zu übertragen (zum Beispiel

hinsichtlich Einbrüchen), kommt einer Bankrotterklärung gleich. Wir fordern zur Unterbindung des zunehmenden „Einbruchtourismus“ die Wiedereinführung angemessener Grenzkontrollen. Der Schutz der Bürger und ihres Eigentums muss hoheitliche Aufgabe unseres eigenen Staatswesens bleiben.

Gesetze endlich anwenden

Wir verfügen hierzulande über eine große Anzahl an Gesetzen, die auch konkrete Sanktionen beinhalten. Die AfD fordert die Regierung auf, alle gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen und sich an den Amtseid des Grundgesetzes zu halten: nämlich sich „dem Wohle des deutschen Volkes“ zu widmen und „Schaden von ihm (zu) wenden“ (Artikel 56). Weder darf es Einflussnahmen politischer Parteien noch sonstiger Gruppierungen auf die Vollstreckung gesetzlicher Sanktionen geben. Denn: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (Artikel 3 Grundgesetz). Somit müssen auch alle Konsequenzen aus der Gesetzeslage für alle gleichermaßen gelten. Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten und den deutschen Staat schädigen, sind abzuschieben. Die Bestimmungen des „beschleunigten Verfahrens“ im Jugendstrafrecht sind klar anzuwenden. Es bedarf keiner Novellierung des vorhandenen Waffenrechtes. Die entsprechenden Vorschriften sind eindeutig. Straftaten mit Waffen werden zumeist mittels illegaler Waffen begangen, weshalb es völlig unangebracht ist, Jägern und Sportschützen eine Sündenbock-Rolle zuzuweisen.



Polizei und Rettungsdienste stärken

Die Anzahl der sich in Rheinland-Pfalz aufhaltenden Menschen ist deutlich gestiegen. Die Zahl der Polizei- und Rettungskräfte dagegen sinkt. Derzeit kann die Polizei der Kriminalitätslage nicht Herr werden. Das Sicherheitsgefühl der Bürger ist bereits beeinträchtigt. Die AfD fordert vor diesem Hintergrund eine optimale materielle Ausstattung der Polizei und sofortige Neueinstellungen für ausscheidende Polizisten. Die Sicherheit der Beamten und der Bevölkerung muss Vorrang vor Sparmaßnahmen haben. Die AfD fordert die Einführung eines Mindeststrafmaßes von einem Jahr bei tätlichen Angriffen gegen Polizei und Rettungskräfte.

Kriminalstatistik ohne politische Einflussnahme

Um realistische Bewertungen der Kriminalitätsentwicklung und von Täterprofilen zu gewährleisten und daraus erfolgreiche Bekämpfungsmaßnahmen abzuleiten, sind umfassende und ehrliche Angaben zu Tat und Tätern in der Kriminalstatistik notwendig. Die AfD erkennt das Recht der Bürger an, über Verbrechensentwicklungen ohne politische Einflussnahme statistisch korrekt und hinreichend informiert zu werden.

Mehr Schutz und Rechte für Opfer von Gewaltdelikten

Die AfD fordert analog zur Bereitstellung eines Anwaltes (Pflichtverteidiger) für Angeklagte auch die Bereitstellung eines Anwaltes für die Opfer von Straftaten. Opferorganisationen müssen mehr Unterstützung erfahren. Wir wollen die Rechte von Opfern und ihren Angehörigen im Strafverfahren ausweiten. Eine intensive und individuell angepasste Opferbetreuung, insbesondere für traumatisierte Personen (etwa durch Sexualstraftaten), ist ebenso durchzusetzen wie deutlich höhere Schadenersatzsummen bei Straftaten gegen Leib und Leben sowie gegen Ehre und Ansehen.

Radikale Gruppierungen bekämpfen

Angriffe auf Grundrechte der Bürger und die körperliche Unversehrtheit von Polizei und Ordnungskräften müssen konsequent und zeitnah bestraft und Schäden von den Verursachern ersetzt werden. Zur Auflösung bestehender und zur Verhinderung neuer ethno-kultureller „Parallelgesellschaften“ sind diese durch geeignete Maßnahmen zu entflechten. Andere kulturelle Prägungen dürfen in der Strafverfolgung und bei der Rechtsprechung nicht strafmildernd wirken. Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen jede Form von Extremismus und Bandenkriminalität.



Heribert Friedmann

„Ständige Kürzungen in den letzten Jahren haben die Polizei bereits an den Rand ihrer Belastbarkeit gebracht. Die zusätzlichen Herausforderungen durch die Asyl-/Einwanderungssituation überfordern sie nun vollends, was große Probleme bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit zur Folge haben kann.“

6. Energieversorgung

- **Strompreis senken – Marktwirtschaft statt Planwirtschaft**
- **Ende der Naturzerstörung durch Windenergieanlagen**
- **Sofortiges Ende des unsozialen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)**
- **Forschung zur Verbesserung der Energieeffizienz**
- **Energiesparmaßnahmen in Eigenverantwortung**

Die Energiepolitik ist ein zentrales Politikfeld, in dem Grundlagen für ein prosperierendes Gemeinwesen gelegt werden. Wichtigstes Ziel einer erfolgreichen Energiepolitik muss eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Energieversorgung sein, wobei diese Kernkriterien in einem möglichst ausgewogenen Verhältnis stehen sollen. Gemessen an dieser Vorgabe ist die Energiepolitik aller Bundesregierungen seit 1998 als gescheitert zu bewerten.

Strompreis senken – Marktwirtschaft statt Planwirtschaft

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stellt eine eklatante planwirtschaftliche Ausnahme in unserer sozialen Marktwirtschaft dar. Ziel des EEG ist die Förderung nicht marktfähiger Technologien zur regenerativen Stromerzeugung, deren Zwangsvermarktung mit festgelegten Abnahmepreisen und die Übertragung der gesamten entstehenden Kosten auf den deutschen Stromverbraucher durch die EEG-Umlage. Die Differenz zwischen der festgelegten Einspeisevergütung und dem an der Strombörse erzielten wechselnden Markt-

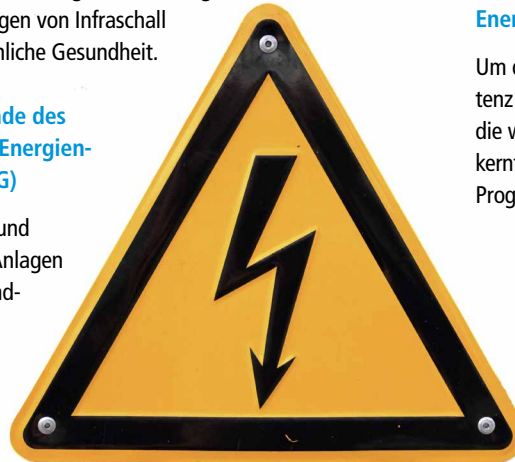
preis für den gelieferten Strom aus Erneuerbaren Energien zahlt der Verbraucher über die EEG-Umlage. Der Strompreis hat sich dadurch in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Insgesamt musste der Verbraucher im Jahr 2014 über die EEG-Umlage rund 24 Milliarden Euro an die Erzeuger von Erneuerbaren Energien zahlen. Der tatsächliche Marktwert des gewonnenen Stroms lag aber nur bei etwa 2 Milliarden Euro.

Ende der Naturzerstörung durch Windenergieanlagen

Wir fordern ein Ende der Zerstörung gewachsener Kulturlandschaften durch den weiteren ungebremsten Zubau von Windenergieanlagen (WEA) in Rheinland-Pfalz. Die im Landesentwicklungsplan (LEP IV) durch die rot-grüne Regierung in Mainz durchgesetzte „Teilfortschreibung Erneuerbare Energien“ muss zurückgenommen werden. Die AfD verlangt ein Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen in Wald-, Natur- und Vogelschutzgebieten sowie in sämtlichen Wasserschutzzonen. Der Mindestabstand von WEA zur nächsten Wohnbebauung muss deutlich erhöht werden; er soll mindestens der zehnfachen Gesamthöhe der jeweiligen Anlage entsprechen. Zusätzlich fordern wir unabhängige Forschungen zur Klärung der Auswirkungen von Infraschall auf die menschliche Gesundheit.

Sofortiges Ende des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen sind nicht grundlastfähig; an windarmen



Wintertagen erzeugen sie fast keinen Strom. Deshalb muss für solche Zeiten ein konventioneller Kraftwerkspark (Kapazitätsmarkt) in Reserve gehalten werden, der die Netzstabilität garantiert und Stromlücken schließt. Dieser doppelte Kraftwerkspark ist der Energiewende geschuldet und kommt die Volkswirtschaft und den Stromverbraucher teuer zu stehen.

Das EEG stellt zudem eine wirkungslose, aber extrem teure Parallelförderung zum Emissionshandel der Europäischen Union dar. Es belastet den deutschen Verbraucher und schädigt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb fordern wir das sofortige Ende des EEG. Rechtsansprüche aus diesem Gesetz werden gewährt, soweit diese durch die bestehenden juristischen Verpflichtungen unabweisbar sind. Sämtliche durch das EEG aufgelaufenen Zahlungsverpflichtungen sollen vom Stromverbraucher weg in die allgemeinen Haushalte verlagert werden. Die Erzeuger von „Erneuerbaren Energien“ müssen an den Kosten von Netzanschluss und Netznutzung sowie an eventuellen Vorhaltekosten eines Kapazitätsmarktes beteiligt werden.

Forschung zur Verbesserung der Energieeffizienz

Um dringend notwendige wissenschaftliche Kompetenz in unserem Land zu erhalten, befürwortet die AfD die weitere Förderung sowie die Mitarbeit deutscher kerntechnischer Forschungsinstitute an internationalen Programmen der Kernforschung. Nur so lässt sich



nach heutigem Kenntnisstand

die künftige Energieversorgung

Deutschlands nach Beendigung der fossilen Stromerzeugung sichern. Weitere Forschungen zur Effizienzsteigerung im Wärmesektor und bei der Mobilität, hinsichtlich der Wirkungsgrade konventioneller Kraftwerke und im Bereich der Energiespeichertechnologien sind als unumgänglich zu betrachten.

Energiesparmaßnahmen in Eigenverantwortung

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, wie zum Beispiel die Wärmedämmung, dürfen dem Bürger nicht gesetzlich aufgezwungen werden. Sie verursachen häufig reale Schäden an der Bausubstanz sowie wirtschaftliche und in manchen Fällen auch gesundheitlich negative Folgen bei den Wohneigentümern und Mietern. Über Wärmedämmung sowie Einbau und Erneuerung von Gebäudetechnik haben daher allein die Eigentümer zu entscheiden, nicht der Staat. Damit entfällt der gesetzlich begründete Vorwand für energetische Luxussanierungen, die Normalbürger und sozial schwache Familien aus den Mietwohnungen vertreiben. Die Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) sind deshalb in ihrer heutigen Form abzulehnen.



Gabriele Bublies-Leifert

„Energiewende Erkennbar Gescheitert (EEG)! Strompreise belasten vor allem Familien, Rentner und Niedrigverdiener. Und auch die Industrie wird bei weiter steigenden Preisen ins Ausland abwandern.“

7. Gesundheit

- Beibehaltung des dualen Systems und freie Arztwahl
- Ärzte aufs Land
- Prävention und Vermittlung von Gesundheitswissen als Ausbildungsziel
- Abbau von Bürokratie
- Einführung eines rheinland-pfälzischen Pflege-Qualitätssiegels

Wir stehen für ein sozial orientiertes Gesundheitswesen, das eine flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau für alle Bevölkerungsschichten zur Verfügung stellt.

Beibehaltung des dualen Systems und freie Arztwahl

Die AfD unterstützt das traditionell gewachsene, duale Gesundheitssystem mit der Aufteilung in gesetzliche und private Krankenkassen. Gesetzliche wie auch private Krankenversicherer sind ein wichtiger Bestandteil des Gesundheitssystems und fördern Innovationen.

Jeder Bürger hat das Recht, seinen Arzt frei zu wählen. Ebenso entschieden treten wir dafür ein, den freiheitlichen Charakter der ärztlichen Tätigkeit zu erhalten. Einschränkungen dieser Rechte, die rein aus ökonomischen Gesichtspunkten getroffen werden, lehnen wir strikt ab.

Ärzte aufs Land

Eine flächendeckende Versorgung mit gut und vielseitig ausgebildeten Hausärzten ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gesundheitswesen mit einer schnellen, kostengünstigen, patientenorientierten und wohnortnahen Versorgung. Diese ist in vielen Bereichen von Rheinland-Pfalz nicht mehr gewährleistet. Fehlsteuerungen der ärztlichen Selbst-

verwaltung, der bisherigen Politik und der Krankenkassen in Deutschland haben die Versorgung mit Ärzten und Fachärzten vor allem auf dem Land stark ausgedünnt; mancherorts ist diese bereits jetzt prekär. Wir treten dafür ein, die Arbeits- und Niederlassungsbedingungen für Ärzte zu verbessern und wollen diese familienfreundlicher, flexibler und sicherer gestalten.

Prävention und Vermittlung von Gesundheitswissen als Ausbildungsziel

Frühzeitige Vorsorge vermeidet Krankheiten und verlängert die gesunde Lebensspanne. Daher steht die im deutschen Gesundheitswesen lange vernachlässigte Prävention im Focus der Gesundheitspolitik der AfD. Im Einzelnen verstehen wir darunter allgemeine Gesundheitsaufklärung (Ernährung, Bewegung, Sport) sowie ein umfassendes Angebot an Vorsorgeuntersuchungen und -maßnahmen. Desgleichen müssen Maßnahmen der Früherkennung ein Schwerpunkt verantwortungsvoller, die Lebensqualität erhaltender Gesundheitspolitik sein. Das Bewusstsein für die Wichtigkeit individueller Vorsorge und ein grundlegendes Gesundheitswissen müssen den Menschen schon in jungen Jahren vermittelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dies bereits in Kindergärten sowie danach auf allen Schul- und Ausbildungsebenen als Lernziel fest verankert wird. Eine besondere Rolle kommt hierbei dem Sport zu, der nicht zuletzt im Bereich der Vereine einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Prävention leistet.

Abbau von Bürokratie

Die Bürokratie im Gesundheitswesen muss auf allen Ebenen verringert werden. Dies gilt insbesondere für ausufernde Dokumentationspflichten bei den Leistungserbringern, aber auch bei den Krankenkassen. Speziell im Bereich der Pflege sind hier entsprechende Einschnitte überfällig, damit so viel Zeit wie möglich



für den Patienten verbleibt. Anzustreben ist ein möglichst befriedigender Ausgleich zwischen einer notwendigen und nachvollziehbaren Dokumentation und Qualitätssicherung einerseits und andererseits dem Vorsatz, so viel Zeit wie möglich dem Patienten zuwenden zu können.

Einführung eines rheinland-pfälzischen Pflege-Qualitätssiegels

Die bisherige Qualitätssicherung besonders im Bereich der Alterspflege ist unzureichend, da die bewerteten Punkte häufig nur technische Aspekte betreffen, nicht jedoch den immateriell empfundenen Nutzen für die Pflegepersonen. Viele Berichte aus Pflegeheimen und Pflegestationen sprechen hier eine eindeutige Sprache und stellen klar, dass die Menschenwürde Pflegebedürftiger derzeit in Deutschland nicht immer genügend geachtet wird.

Die AfD setzt sich, um die Situation in Rheinland-Pfalz deutlich zu verbessern, für die Einführung eines Pflege-Qualitätssiegels ein, das sich anders als die bislang angewendeten Qualitätsprüfungen vorrangig am Nutzen für die zu pflegenden Mitbürger orientiert.

Dr. Sylvia Groß

„Eine staatliche Finanzierung des Studiums angehender Ärzte, verbunden mit einer anschließenden 5-jährigen Verpflichtung, auf dem Land die Versorgung zu sichern, wäre EINE Möglichkeit eines Anreizsystems zum Entschärfen der prekären Situation im ländlichen Raum.“



8. Wirtschaft und Arbeit

- **Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft**
- **Vollbeschäftigung ist die beste Sozialpolitik**
- **Vereinfachung der Verwaltung, Abbau von Bürokratie, keine Quoten**
- **Preiswerter Strom für Bürger und Betriebe**
- **Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken**
- **Senkung der Grunderwerbsteuer**
- **Ja zum freien Handel – Nein zur Fremdbestimmung durch TTIP & Co**

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung, um allen Bürgern ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen. Dafür muss der Staat die institutionellen und rechtlichen Bedingungen der Marktwirtschaft sichern.

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Die soziale Marktwirtschaft ist darauf ausgerichtet, das Eigeninteresse des Einzelnen der gesamten Gesellschaft zugute kommen zu lassen. Den Markt schätzen wir als unverzichtbares Instrument für die Verteilung von Ressourcen. Gleichwohl müssen dem Marktwirken dort Schranken gesetzt werden, wo es dem Menschen und der Gemeinschaft schadet. Diese Wirtschaftsord-

nung ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft. Sie ist am besten geeignet Wohlstand zu sichern und sozialen Ausgleich herbeizuführen.

Vollbeschäftigung ist die beste Sozialpolitik

Sozialpolitik kann sich nicht darauf beschränken, Almosen zu verteilen, die uns vorher über Steuern aus der Tasche gezogen wurden. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, die allen Bürgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeiten und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, und zwar einschließlich derer, die aus eigener Kraft kein genügendes Auskommen erwirtschaften können. Die AfD steht für die Bewahrung des sozialen Friedens und den Erhalt der Solidargemeinschaft. Wir wollen Eigeninitiativen fördern und stärken, indem wir Bürger und Unternehmen in die Lage versetzen, wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein.

Vereinfachung der Verwaltung, Abbau von Bürokratie, keine Quoten

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er leidet besonders unter der Last unnötiger Bürokratie. Eingriffe der Politik in das Marktgeschehen gehen oft zu Lasten des Mittelstandes und haben in der Vergangenheit zur Verschwendung von Steuergeldern geführt. Wir fordern eine schlanke, aber leistungsfähige Verwaltung im Dienst der Wirtschaft. Wir stehen zu Artikel 3 des Grundgesetzes, der eine Benachteiligung auf Grund des Geschlechts verbietet und sind demnach gegen jede Quotenregelung. Ausschließlich Kompetenz und Leistung sollen Grundlage freier unternehmerischer Personalentscheidungen sein.



Preiswerter Strom für Bürger und Betriebe

Die Umsetzung der sogenannten Energiewende ist ein weiteres Beispiel für staatliche Misswirtschaft. Kleine Unternehmen sind besonders betroffen, da sie in Konkurrenz zu Großverbrauchern stehen, die von der unsinnigen EEG-Umlage befreit sind. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben und zur Zerstörung unserer Umwelt geführt. Gleichzeitig steigt seit Einführung der Energiewende der Ausstoß von Treibhausgasen. Der Widerspruch der aktuellen Gesetzeslage wird durch die „Sonnensteuer“ deutlich, die Abgaben auf selbst erzeugten Solarstrom erhebt. Wir fordern Strom zu fairen Marktpreisen für alle.

Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken

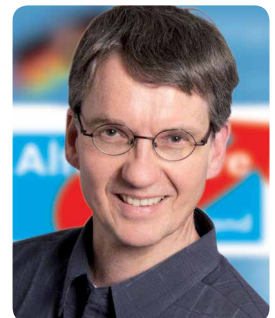
Der Verfall der Infrastruktur behindert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Die AfD setzt sich deshalb nachdrücklich für Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur ein. Dazu gehören wichtige Straßen-, Schienen- und Brückenprojekte sowie Datenetze für schnelles Internet. Investitionen in Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung sollen die Ansiedlung und Neugründung von zukunftsfähigen Unternehmen fördern.

Senkung der Grunderwerbsteuer

Wir wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Die Grunderwerbsteuer verhindert Mobilität und trifft verstärkt junge Familien, die bauen wollen. Auch fordern wir die Wiedereinführung der erhöhten Abschreibung für selbstgenutzte Häuser und Wohnungen.

Ja zum freien Handel – Nein zur Fremdbestimmung durch TTIP & Co

Wir befürworten freien Handel zwischen Nationen. Wie in der sozialen Marktwirtschaft muss auch im internationalen Handel der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die AfD lehnt Freihandelsabkommen ab, wenn diese ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen. Eine abschließende Beurteilung des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) ist derzeit nicht möglich, da die Verhandlungen noch laufen und intransparent sind. Es zeichnet sich jedoch schon heute ab, dass TTIP das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschränkt, eine unkontrollierbare Paralleljustiz schafft und den Verbraucherschutz beeinträchtigt. Absehbar ist auch, dass die behaupteten wirtschaftlichen Vorteile keineswegs gesichert sind bzw. sich – zumindest für die Staaten Europas – in engen Grenzen halten.



Martin Louis Schmidt

„Handelsabkommen wie TTIP, CETA oder TISA dürfen nicht allein den Interessen der Großindustrie dienen. Sie müssen demokratischen Standards genügen und nationale wie regionale Besonderheiten in der Arbeitswelt und bei der Produktqualität berücksichtigen.“

9. Finanzen und öffentliche Haushalte

- **Wer bestellt, bezahlt: Aufgabengerechte Finanzausstattung für Kommunen**
- **Transparente Haushalte statt Schuldenverschleierung**
- **Steuerverschwender bestrafen**
- **Strenge Subventionsprüfung mit Subventionsabbau**
- **Mehr Mittel für Forschung- und Entwicklung**

Unser Ziel ist es, einerseits die **Steuerverschwendung des Landes zu verringern** und andererseits **sein Steueraufkommen zu erhöhen**.

Wer bestellt, bezahlt: Aufgabengerechte Finanzausstattung für Kommunen

Bund und Land haben den Kommunen viele Aufgaben zugewiesen, ohne sie mit den entsprechenden Mitteln auszustatten. Dies gilt beispielsweise für die erheblichen Kosten im Zusammenhang mit Kitas, Maßnahmen zur Inklusion und auch für die Unterbringung von Asylbewerbern. Die Umsetzung von derartiger Symbolpolitik muss momentan von den Kommunen bezahlt werden und ist letztlich zum Schaden der steuerzahlenden Bürger. Wir sagen: „Wer bestellt, bezahlt“ und fordern eine aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen.

Transparente Haushalte statt Schuldenverschleierung

Wir fordern eine Bilanz für das Land, die wahrheitsgemäße, um eventuelle Abschreibungen berichtete Auflistung der Vermögenswerte des Landes Rheinland-Pfalz. Diese Werte müssen den Schulden, den Rückstellungen für zukünftige Verpflichtungen, allen voran den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für den Erhalt von Infrastruktur gegenübergestellt werden. Diese Bilanz muss auch die Werte und Verpflichtungen der landeseigenen Gesellschaften und Landesbeteiligungen beinhalten. Gemeint sind hier die sogenannten „Schattenhaushalte“, also die im offiziellen Haushaltsplan nicht veranschlagten Nebenhaushalte. Hier verstecken sich häufig die eigentlichen Schulden.

Steuerverschwender bestrafen

Alle Ausgaben des Landes gehören auf den Prüfstand. Sie sind daraufhin zu prüfen, inwieweit es sich um unabdingbare finanzielle Pflichten des Landes handelt bzw. welche Ausgaben und Aufgaben besser von der Privatwirtschaft geleistet werden könnten.

Die Bezahlung von Gleichstellungsbeauftragten, Gender-Lehrstühlen an Hochschulen oder Fußballstadien gehören unserer Meinung nach nicht zu den akzeptablen Landesaufgaben!

Darüber hinaus ist Steuerhinterziehung als kriminell einzustufen und entsprechend zu bestrafen. Gleiches sollte für die vorsätzliche oder grob fahrlässige offensichtliche Verschwendung von Steuergeldern gelten. Die Skandale um den Nürburgring und die Flughäfen Zweibrücken und Hahn sind abschreckende Beispiele für das Fehlen professioneller Prüfungen der Wirtschaftlichkeit von Förderobjekten und damit Belege für praktizierte gigantische Steuerverschwendungen.

Strenge Subventionsprüfung mit Subventionsabbau

Vom Land gewährte Subventionen müssen im Hinblick auf Ihre Verträglichkeit mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und spezifischen Aufgabenstellungen des Landes geprüft werden. Insbesondere ist regelmäßig zu testen, inwieweit Subventionsziele erkennbar erreicht worden sind. Doch selbst erfolg-

reich evaluierte Förderungen sind in jedem Falle zeitlich zu begrenzen und, wo irgend möglich, zu verringern bzw. zu streichen.

Mehr Mittel für Forschung- und Entwicklung

Mathematiker, IT-Wissenschaftler, Naturwissenschaftler und Techniker/Ingenieure (MINT Berufe) bilden das Fundament von Wertschöpfung und damit unserer Wirtschafts- und Steuerkraft. Hier herrschen Nachholbedarf und Mangel. Wissenschaftliche Spitzenleistungen werden in der Regel nicht in Rheinland-Pfalz erbracht. Unsere globale Wettbewerbsfähigkeit und letzten Endes unser Wohlstand müssen gesichert werden. Technische Leistungen schaffen Arbeit und Wohlstand, während Genderpolitik und die Ablehnung von Elitenförderung Weiterentwicklungen behindern.



Damian Lohr

„Die gewissenlose Verschuldung verschiebt Probleme in die Zukunft, die jetzt zu lösen wären. Bitte überlasst uns – der nächsten Generation – nicht die Folgen Eures verantwortungslosen Handelns!“

10. Infrastruktur und ländlicher Raum

- Instandsetzung und Ausbau von Straßen und Infrastruktur
- Schnelles Internet für alle
- Ja zu Rheinbrücken
- Stärkung der regionalen Landwirtschaft
- Entwicklung und Schutz des ländlichen Raumes
- Stopp der Überregulierung durch EU-Vorschriften

Die öffentliche Infrastruktur schafft die Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Der ländliche Raum ist ein wichtiger Lebensraum für viele Menschen, Produktionsstandort für gesunde Lebensmittel, Naherholungsraum für die Stadtbewohner, Tourismusziel und Rohstofflieferant. Er sichert unsere Versorgung mit Wasser und Holz.

Instandsetzung und Ausbau von Straßen und Infrastruktur

Straßen sind sowohl für Ballungsräume als auch für den ländlichen Raum die wichtigsten Verkehrswege. Ohne Verkehrswege gibt es keine Betriebsansiedlungen, ohne Betriebe keine Arbeitsplätze und ohne Arbeitsplätze kein Einkommen. Straßen, Bahnverbindungen und Internet helfen bei der Anbindung des ländlichen Raumes und mindern den Druck auf den Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen. Erhalt und Ausbau der Verkehrsnetze müssen vorangetrieben werden. Das Aufkommen der verkehrsbezogenen Steuern reicht dafür aus; die AfD fordert, einen festen Anteil dieser Steuern für den Straßenbau und sonstige Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.

Schnelles Internet für alle

Der Ausbau des Breitbandnetzes ist eine wirksame Infrastrukturmaßnahme für Stadt und Land. Durch einen flächendeckenden, zuverlässigen und sicheren Internetzugang in den ländlichen Räumen werden auch verkehrsmäßig abgelegene Standorte attraktiver für Gewerbebetriebe und als Wohnorte. Darüber hinaus ist diese Vernetzung Voraussetzung für moderne Heimarbeitsplätze auf dem Lande und für die Verbesserung des Bildungsangebotes.

Ja zu Rheinbrücken

Schlüsselemente zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen von Rheinland-Pfalz sind zusätzliche Rheinbrücken. Gutachten haben gezeigt, dass solche Verbindungen Wirtschaft und Tourismus beleben würden und auch die Abwanderung in die Großstädte bremsen können. Die AfD setzt sich außerdem für eine zweite Rheinbrücke bei Wörth-Karlsruhe-Maxau ein. Das Planfeststellungsverfahren aus dem Jahre 2011 muss von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg endlich abgeschlossen werden. Zur Entlastung des Rhein-Main-Gebiets ist eine weitere Rheinbrücke zwischen Bingen und Rüdesheim erforderlich. Die enge wirtschaftliche Verflechtung des Rhein-Main-Gebietes ist für Rheinland-Pfalz besonders wichtig und muss gesichert werden.



Die zusätzlichen Rheinbrücken liegen in der Baulast des Bundes, weil sie eine Bundeswasserstraße überqueren und Bundesstraßen miteinander verbinden. Die AfD fordert von der Landesregierung fundierte Beiträge zur Planung dieser Brücken und zügige Genehmigungsverfahren.

Stärkung der regionalen Landwirtschaft

Die über 20.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz gewährleisten nicht nur die Nahrungsmittelversorgung, sie sichern auch Arbeitsplätze und bewahren die Kulturlandschaft. Die AfD setzt sich für den Erhalt der bäuerlichen Betriebe ein und befürwortet ein Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und ökologischem Landbau im Wettbewerb. Die AfD spricht sich gegen die Genehmigung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen aus. Sie setzt sich für eine Begrenzung der Massentierhaltung sowie für den Erhalt von Traditionen und Spezialitäten des hiesigen Weinbaus ein. Die Qualitätssicherung und die Vermarktung der heimischen Weine sollte weiterhin gefördert werden, während die Subventionierung des Anbaus von Energiepflanzen einzustellen ist. Biogasanlagen sind nur zu fördern, wenn sie auch der Entsorgung von landwirtschaftlichen Rückständen dienen.

Entwicklung und Schutz des ländlichen Raumes

Der ländliche Raum ist Lebensraum für Menschen, Grundlage für Land- und Weinwirtschaft, Wasserquelle und Naherholungsziel. Die AfD will die traditionelle Kulturlandschaft erhalten; deren Zerstörung durch Windkraftanlagen und Photovoltaik-Farmen wird abgelehnt, auch weil diese Stromquellen ertragsarm und unzuverlässig sind. Dem demographischen Wandel in den ländlichen Räumen ist durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu begegnen, beispielsweise durch den Ausbau von Bring- und Holdiensten, mobile Bürgerbüros, ein Landärzteprogramm und Förderung freiwilliger Dienste. Die AfD setzt sich für den Erhalt des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden ein. Zusammenschlüsse und Eingemeindungen sollten nur mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden erfolgen.

Stopp der Überregulierung durch EU-Vorschriften

Familiengeführte bäuerliche Betriebe müssen vor der ausufernden Regelungswut der Landesverwaltung – oft unter Berufung auf EU-Vorschriften – geschützt werden. Das Programm Agrar, Umwelt, Landschaft der Landesregierung (PAULA) ist zu überarbeiten, um den Landwirten marktgerechtes Handeln zu erleichtern.

Jürgen Klein

„Unseren ländlichen Raum müssen wir lebenswert gestalten, dazu gehört Internet und Mobilität genauso wie der Erhalt der regionalen Struktur.“



11. Öffentliche Verwaltung

- Gebietsreformen nur mit Bürgerbeteiligung
- Reform des Landesentwicklungsprogramms
- Gegen weitere Öffentlich-Private Partnerschaften
- Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- Verschlinkung der Landesverwaltung
- Angemessene Bezahlung und feste Arbeitsverträge für Landesbedienstete!

Da die Bundesländer in Deutschland mit dem weitaus größten Teil der Verwaltungsaufgaben betraut sind, sind die Landesbehörden und die angeschlossenen Betriebe der wichtigste Teil der öffentlichen Verwaltung und von herausragender Bedeutung für den Bürger. Die Verwaltungs- und Gebietsreformen der zurückliegenden Jahre haben eine große Verunsicherung unter den Bürgern in Rheinland-Pfalz heraufbeschworen. Zwangsfusionen von Verbandsgemeinden führten zu zahlreichen Klagen.

Gebietsreformen nur mit Bürgerbeteiligung

Wir fordern, dass Reformen zu einer nachweisbaren Kosteneinsparung führen. Jede Gebietsreform muss von der Mehrheit der betroffenen Bürger mitgetragen werden. Verhandlungen im Geheimen, wie kürzlich von allen im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam mit der Landesregierung beschlossen, erteilen wir eine klare Absage. Das Resultat dieser Verhandlungen soll uns allen erst nach der Landtagswahl präsentiert werden. Wir verlangen, dass die entsprechenden Pläne bereits vorher öffentlich gemacht werden.

Reform des Landesentwicklungsprogramms

Das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV), der Ausgangspunkt des rot-grünen Koalitionspapiers, führt zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Absicht, den Energiebedarf bis zum Jahre 2030 zu 100% Prozent aus Erneuerbaren Energien zu decken, darf nicht zur nachhaltigen Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen führen. Wir fordern, dass alle Wasserschutzgebietszonen, Natura-2000-Gebiete sowie sämtliche Waldflächen in den regionalen Raumordnungsplänen als Ausschlussgebiete für Windenergieanlagen festgeschrieben werden. Die übergeordnete Planung der Landesentwicklung muss geändert werden, und verbindliche Vorgaben sind zu fixieren. Weiterhin fordern wir das Planungsende einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen den Flughäfen Frankfurt/Main und Hahn. Der damit verbundene Freihaltekorridor von 300 Metern für dieses Neubauprojekt darf nicht für andere Nutzungen blockiert werden, da sich die Kommunen durch diese „Offenhaltung“ in ihrer räumlichen Entwicklung erheblich beeinträchtigt sehen.

Gegen weitere Öffentlich-Private Partnerschaften

Wir lehnen weitere Experimente mit privatwirtschaftlichen Projekten unter Beteiligung der öffentlichen Hand ab. Keines der entsprechenden gemeinsamen Vorhaben erwies sich als kostengünstiger als eine Eigenrealisierung durch die öffentliche Hand. Zu diesem Ergebnis kamen auch der Bundesrechnungshof sowie der Europäische Rechnungshof im Fall des Nürburgring-Desasters. Laut aktuellem Landesentwicklungsprogramm strebt die Landesregierung eine solche Partnerschaft für die von den Grünen bisher verhinderte Mittelrheinbrücke bei St. Goar an. Insbesondere die Grundversorgung der Bürger muss in öffentlicher Hand verbleiben.

Digitalisierung von Verwaltungsprozessen

Nur mit einer umfassenden Digitalisierung wird die Verwaltung die Herausforderungen der Zukunft vor dem Hintergrund der demografischen Rahmenbedingungen, der veränderten Kommunikationsgewohnheiten der Bürger und der verfassungsmäßigen „Schuldenbremse“ meistern. Die von der Landesregierung in Mainz kürzlich beschlossene Einführung der elektronischen Akte ist nicht ausreichend und kann nur ein erster Schritt sein. Eine generelle Beschleunigung der Verwaltungsverfahren ist notwendig, auch um den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz weiter zu stärken.

Verschlinkung der Landesverwaltung

Wir fordern den Abbau von Doppelstrukturen durch Gründung eines landesweit zuständigen Landesverwaltungsamts. Dieses Amt sollte Außenstellen in wichtigen rheinland-pfälzischen Regionen haben. Die heute noch zersplitterten Sonderbehörden und Ämter sind in dieses neue Amt zu integrieren. So könnten die Personalkosten verringert werden, ohne die Qualität der Dienstleistungen einzuschränken. Die Einrichtung von insgesamt vier Außenstellen würde den ländlichen Raum stärken.

In Rheinland-Pfalz nimmt die Politik derzeit massiven Einfluss auf Entscheidungen der Verwaltung. Ein starkes Landesverwaltungsamt wird diesen politischen Einfluss eindämmen.



Angemessene Bezahlung und feste Arbeitsverträge für Landesbedienstete!

Wir fordern rechtlich einwandfreie und faire Arbeitsbedingungen, lehnen Kettenverträge ab und sind für dauerhafte Anstellungsverhältnisse. Während Ministerpräsidentin Dreyer regelmäßig gegen Leiharbeit, Kettenverträge und unfaire Arbeitsbedingungen in der freien Wirtschaft wettet, kommt sie ihrer Verantwortung im eigenen Zugriffsbereich nicht nach.

Aufgrund der Überalterung im Landesdienst scheidet in den nächsten Jahren eine erhebliche Anzahl von Landesbediensteten aus dem aktiven Dienst. Das vorhandene qualifizierte Personal muss gebunden werden, um diese Verluste nach Kräften auszugleichen.

Seit der Förderalismusreform von 2006 klaffen die Arbeitsverhältnisse zwischen den einzelnen Bundesländern weit auseinander. Polizeibeamte in Bayern werden wesentlich besser bezahlt als jene in Rheinland-Pfalz. Wir wollen das Praktikantentum in der Landesverwaltung stoppen und den oft skandalös-unsozialen Umgang mit Beschäftigten an Universitäten, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen nicht länger hinnehmen.

Iris Nieland

„Die öffentliche Verwaltung ist erster Diener des Staates. Zur Wahrung der Bürgerinteressen muss sie mit Personal und Arbeitsmitteln professionell ausgestattet sein.“



12. Forschung, Lehre und Innovation

- Rheinland-Pfalz braucht mehr Innovation, Forschung und Technologie
- Mehr Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz
- Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre
- Forschung und Lehre brauchen Anreize und attraktive Studiengänge
- Mehr außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf das Wissen und Können seiner Bürger angewiesen, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern. Der Erwerb dieses Wissens ist an Investitionen in Forschung und Lehre gebunden. In diesem Bereich haben jahrelange Versäumnisse Rheinland-Pfalz zurückfallen lassen. Wir fordern deshalb umso mehr, unser Bundesland zu einem attraktiven Standort für Wissenschaft, Forschung und Innovation auszubauen.

Rheinland-Pfalz braucht mehr Innovation, Forschung und Technologie

Die AfD erkennt die zentrale Rolle der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Landes ohne Einschränkungen an. Sie fordert daher die Stärkung der MINT-Fächer an den Hochschulen und Schulen in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus sollen bessere Rahmenbedingungen für innovative Gründer und Unternehmen geschaffen werden, beispielsweise durch kompetente Gründerberatung und gezielte Förderprogramme für erfolgversprechende Neuerungen.

Mehr Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz

Durch jahrzehntelange Misswirtschaft spielt Rheinland-Pfalz international als Forschungs- und Wissenschaftsstandort keine Rolle. Die AfD steht für Exzellenz in Forschung und Lehre und verlangt daher, dass im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs um die besten Konzepte zwei hiesige Standorte so auszustatten sind, dass sie in Deutschland und Europa in ausgewählten Studiengängen führende Ränge in der akademischen Ausbildung erlangen.

Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre

Freiheit in Forschung und Lehre kann es nur durch eine ausreichende finanzielle Grundausstattung geben. Die AfD fordert daher einen „Pakt für Forschung und Innovation“, um die Universitäten und Hochschulen besser für den globalen wissenschaftlichen Wettbewerb zu rüsten. Die Hochschulverwaltungen müssen zugunsten des akademischen Mittelbaus personell erheblich reduziert werden. Rheinland-Pfalz braucht ein Universitäts-Freiheitsgesetz, das die Verantwortung für die wissenschaftliche Profilbildung in die Hände der Universitäten und Hochschulen legt und die Gängelung durch Ideologen und Planwirtschaftler beendet.

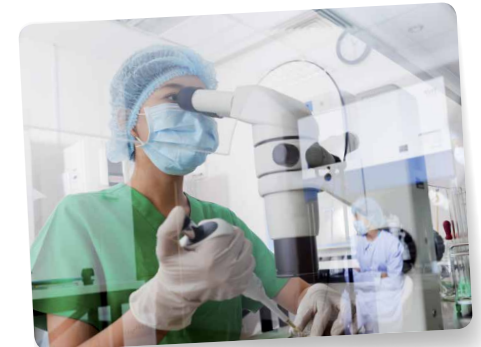
Forschung und Lehre brauchen Anreize und attraktive Studiengänge

Die AfD strebt eine zusätzliche Förderung und Unterstützung von Forschungsprojekten an. Dies stärkt auch die internationale Einbindung von Universitäten und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz.

Die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschule muss ausgebaut werden. Die große Zahl an Bachelor-Studiengängen führt zu Verunsicherung von Studienanfängern. Ein klares Angebot einer begrenzten Anzahl an Diplomstudiengängen sorgt dagegen für Klarheit und erleichtert den Studienbeginn. Daher muss den Hochschulen freigestellt werden, Diplomstudiengänge anzubieten.

Mehr außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Die AfD tritt für einen Aktionsplan ein, mit dem weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie Max-Planck-, Helmholtz-, Leibniz- und Fraunhofer-Institute nach Rheinland-Pfalz geholt werden sollen. Darüber hinaus ist ein Masterplan zu erstellen, um die zukunftssträchtige biomedizinische Forschung am landesweit einzigen Standort einer medizinischen Fakultät in Mainz zu sichern und auszubauen.



Dr. Timo Böhme

„Forschung braucht Freiheit und Unterstützung. Innovationen brauchen Akzeptanz und Verantwortung. Technologien sichern Wohlstand und Gesundheit.“

Der Wahlvorschlag der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016



Listenplatz 1:
Uwe Junge (58)
Wahlkreis 11 (Andernach)
Berufsoffizier, Oberstleutnant
Politische Schwerpunkte: Aussen- und Sicherheitspolitik, Innere Sicherheit



Listenplatz 2:
Joachim Paul (44)
Wahlkreis 9 (Koblenz)
Gymnasiallehrer
Politische Schwerpunkte: Bildung und Kultur



Listenplatz 3:
Dr. Jan Bollinger (38)
Wahlkreis 4 (Neuwied)
Verwaltungsleiter
Politische Schwerpunkte: Direkte Demokratie und Einwanderung/Integration



Listenplatz 4:
Michael Frisch (58)
Wahlkreis 25 (Trier)
Lehrer
Politische Schwerpunkte: Bildungs- und Familienpolitik, Bioethik



Listenplatz 5:
Heribert Friedmann (58)
Wahlkreis 32 (Worms)
Polizeibeamter
Politische Schwerpunkte: Innere Sicherheit und Familienpolitik



Listenplatz 6:
Dr. Sylvia Groß (63)
Wahlkreis 16 (Rhein-Hunsrück)
Ärztin
Politische Schwerpunkte: Gesellschaft, Finanzen und Gesundheit



Listenplatz 7:
Matthias Joa (34)
Wahlkreis 51 (Germersheim)
Bankkaufmann, Wirtschaftsjurist (LL.B)
Politische Schwerpunkte: Einwanderung, Asyl, Wirtschaftspolitik, Innere Sicherheit



Listenplatz 8:
Damian Lohr (22)
Wahlkreis 27 (Mainz)
Student des Wirtschaftsrechts
Politische Schwerpunkte: Jugendpolitik, Finanzen und Innenpolitik



Listenplatz 9:
Jürgen Klein (42)
Wahlkreis 18 (Kirn/Bad Sobernheim)
Abwassermeister und Betriebswirt
Politische Schwerpunkte: Infrastruktur und Landwirtschaft



Listenplatz 10:
Gabriele Bublies-Leifert (49)
Wahlkreis 19 (Birkenfeld)
Selbstständig
Politische Schwerpunkte: Energiepolitik, Modelle zum Schutz vor Altersarmut, speziell für Frauen



Listenplatz 11:
Martin Louis Schmidt (49)
Wahlkreis 48 (Pirmasens)
Journalist
Politische Schwerpunkte: Heimat und Identität, Bildungspolitik, Tourismus



Listenplatz 12:
Iris Nieland (55)
Wahlkreis 41 (Bad Dürkheim)
Bankkauffrau
Politische Schwerpunkte: Direkte Demokratie, Revision des LEP IV, Naturschutz



Listenplatz 13:
Dr. Timo Böhme (52)
Wahlkreis 35 (Ludwigshafen-Friesenheim)
Diplomagraringenieur
Politische Schwerpunkte: Forschung, Lehre und Innovation



Listenplatz 14:
Jens Ahnemüller (54)
Wahlkreis 26 (Konz-Saarburg)
Kfz-Mechaniker
Politische Schwerpunkte: Verkehrspolitik, Integrations- und Asylpolitik



Listenplatz 15:
Friedrich-Wilhelm Servaty (69)
Wahlkreis 18 (Kirn/Bad Sobernheim)
Textilkaufmann im Ruhestand
Politische Schwerpunkte: Familien-, Sozial- und Kulturpolitik, regionale Identität



Listenplatz 16:
Heribert Nuhn (66)
Wahlkreis 3 (Linz am Rhein/Rengsdorf)
Selbstständiger Seminarleiter
Politische Schwerpunkte: Aus- und Weiterbildung, Sozialpolitik, Schwangerenkonfliktberatung



Listenplatz 17:
Brigitte Hoffmann (61)
Wahlkreis 22 (Wittlich)
Verwaltungsfachwirtin, Standesbeamtin
Politische Schwerpunkte: Infrastruktur, Familie und Kultur



Listenplatz 18:
Matthias Lehmann (62)
Wahlkreis 32 (Worms)
Hochbaumeister
Politische Schwerpunkte: Asyl- und Flüchtlingspolitik, Baurecht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Das vorliegende Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016 wurde in 10 Landesfachausschüssen mit über 20 einzelnen Arbeitsgruppen, an denen alle Mitglieder der AfD in Rheinland-Pfalz jederzeit teilnehmen konnten, über ein Jahr hinweg erarbeitet. Von der Wahlprogrammkommission bestehend aus den gewählten Arbeitsgruppenleitern auf insgesamt 5 Sitzungen beraten, wurde das Programm zuerst in Kernpunkten auf dem Landesparteitag am 9./10. Mai in Bellheim und vollständig auf dem Landesparteitag am 5./6. September 2015 in Bingen von den Mitgliedern diskutiert und beschlossen.



Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende: AfD Rheinland-Pfalz, Sparkasse Worms-Alzey-Ried
IBAN DE 9655 3500 1000 2177 3157 | BIC MALADE51WOR

Alternative für Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz
Schusterstraße 22 • 55116 Mainz
Telefon: 06131 486 38 10 • Fax: 06131 586 88 01
www.alternative-rlp.de

